

## **Aus der Landesgeschäftsstelle**

Armut von Familien strukturell bekämpfen 2  
Diakonie Württemberg zieht zum Ende des Jahres gegen Kinderarmut Bilanz

Eröffnung der 62. Spendenaktion von Brot für die Welt für Württemberg 3  
Am 6. Dezember 2020 um 10 Uhr Festgottesdienst in der Stadtkirche in Calw

Prof. Dr. Annette Noller tritt ihren Dienst als Chefin der württembergischen Diakonie an 4  
Nachfolgerin von Oberkirchenrat Dieter Kaufmann startet am 1. Dezember 2020

„Vollblutpolitiker“ mit Einsatz für eine diakonische Kirche 5  
Oberkirchenrat Dieter Kaufmann geht zum 1. Dezember in den Ruhestand

Verbände fordern Studie vom Land und Stärkung der Schulsozialarbeit 6  
Online-Umfrage: 2.400 Schüler gaben an, unter Corona-Lockdown zu leiden

Antigen-Schnelltests für Einrichtungen der Pflege und Behindertenhilfe sinnvoll 7  
Sach- und Personalkosten müssen als Mehraufwand besser finanziert werden

Vesperkirchen-Saison beginnt 8  
Tausende Ehrenamtliche finden kreative Lösungen für corona-konformen Betrieb

Kinder und Familien kommen in Baden-Württemberg zu ihrem Recht 9  
Wohlfahrtsverbände begrüßen landesweites Ombudssystem

Armutsbekämpfung: Sozialpolitische Maßnahmen reichen nicht aus 10  
Diakonie und Caritas im Land fordern Gesamtstrategie

Jugenddiakoniepreis Baden-Württemberg ehrt Engagement von Jugendlichen 11  
Gewinner erhalten bei digitaler Preisverleihung insgesamt 7.000 Euro

Zwei Filmpreise für Kinder und Jugendliche ausgeschrieben 12  
Wettbewerb zum Thema „Wir sind dabei: Vielfalt leben, Demokratie gestalten!“

## **Aus den Regionen**

Einrichtungen der Behindertenhilfe gehen bei Corona-Hilfen leer aus 13  
Verbände der Liga beklagen fehlende Erstattung corona-bedingter Mehrkosten

Ein warmes Essen und noch mehr. 15  
Evangelische Gesellschaft mit Angeboten auch in Pandemie-Zeit

GWW fördert und fordert individuell 16  
Seit 40 Jahren bestehen die Wohnangebote in Sindelfingen und Herrenberg

**Kurznachrichten** 17

**Personalnachrichten** 18

### Armut von Familien strukturell bekämpfen

**Zum Ende des Schwerpunktjahrs gegen Kinderarmut des Landes Baden-Württemberg fordert die Diakonie Württemberg eine existenzsichernde Kindergrundsicherung, Teilhabe- und Fördermöglichkeiten, unabhängig von materiellen Bedingungen der Eltern und ein Landesgesetz zur Familienförderung und-bildung.**

**Stuttgart.** Jedes fünfte Kind ist auch am Ende des Schwerpunktjahrs gegen Kinderarmut selbst im wohlhabenden Südwesten von Armut betroffen oder bedroht. Die Armutsberichterstattung in Baden-Württemberg zeigt, dass Kinderarmut trotz aller politischen und zivilgesellschaftlichen Bemühungen in den vergangenen zehn Jahren nicht wirksam bekämpft werden konnte.

„Es schmerzt, dass trotz aller Anstrengungen so viele Familien unter Armut leiden und Kinder deshalb weniger Chancen auf Bildung und Teilhabe haben“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Zur Entlastung der Familien brauche es eine einheitliche Anlaufstelle für Familienleistungen vor Ort. Das System der Beantragung von Leistungen müsse dringend vereinfacht werden, damit die Hilfen bei Alleinerziehenden und Familien ankommen.

Kirchenrätin Eva-Maria Armbruster, Vorstand Sozialpolitik im Diakonischen Werk Württemberg, bezeichnet die Situation „insbesondere im aktuellen Pandemiegeschehen“ als „alarmierend“. Institutionen und Politik seien hier gleichermaßen gefragt. Die Diakonie unterstütze mit ihren Einrichtungen und Diensten landesweit armutsgefährdete Kinder und Familien. „Allerdings sind die Rahmenbedingungen und die finanziellen Förderungen von Angeboten und Projekten vielfach nicht ausreichend. Die verlässliche Finanzierung und Weiterentwicklung von sozialraumorientierten Familien- und Quartierszentren, die wohnortnah armutsgefährdete Familien erreichen, beraten und stärken, ist ein wichtiger Ansatzpunkt.“

Auch einen generelle Paradigmenwechsel auf Landesebene fordert die Diakonie Württemberg: weg von der Projektförderung hin zur nachhaltigen Förder- und Finanzierungspolitik. „Wir brauchen ein Landesgesetz zur Familienförderpolitik, das die einzelnen Bausteine aufgreift und entsprechend rahmt.“

#### **Hinweise**

- Das Positionspapier finden Sie [hier](#)
- Weitere Informationen: <https://www.diakonie-wuerttemberg.de/themen/armut/kinder-und-familienarmut/>

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: [stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de)

Eröffnung der 62. Spendenaktion von Brot für die Welt für Württemberg**Brot für die Welt in Württemberg eröffnet mit einem Festgottesdienst am 2. Advent (6. Dezember) in der Stadtkirche in Calw die 62. Spendenaktion.**

**Stuttgart.** Oberkirchenrätin Prof. Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg, Landesstelle Brot für die Welt, hält die Predigt. Dekan Erich Hartmann und Pfarrer Dieter Raschko wirken liturgisch mit. Musikalisch wird der Gottesdienst von den Aurelius Sängerknaben Calw und dem Bezirksposaunenchor begleitet. Der Gottesdienst wird unter Berücksichtigung der Corona-Regelungen gefeiert.

Das Motto der 62. Aktion Brot für die Welt heißt „Kindern Zukunft schenken“. Weltweit müssen 152 Millionen Mädchen und Jungen arbeiten – fast jedes zehnte Kind im Alter zwischen fünf und 17 Jahren. Obwohl internationale Gesetze verbieten, dass Kinder Arbeit verrichten, die gefährlich ist, die körperliche und seelische Entwicklung beeinträchtigt oder vom Schulbesuch abhält. „Jedes Kind hat das Recht auf Freiheit, Gesundheit und Bildung. Dafür muss aber die wichtigste Ursache von Kinderarbeit bekämpft werden: extreme Armut“, heißt es im Spendenaufruf. Brot für die Welt hilft beispielsweise auf den Philippinen. Auf der Insel Negros müssen Tausende Kinder zum Lebensunterhalt beitragen und arbeiten unter schwierigen Bedingungen auf Zuckerrohrplantagen. Quidan Kaisahan, eine Partnerorganisation von Brot für die Welt, sorgt dafür, dass Kinder zur Schule gehen können und so die Chance auf ein besseres Leben haben. Die Kinder erhalten unter anderem kostenlose Schulmaterialien und Förderunterricht. Ihre Eltern werden in nachhaltigen Anbaumethoden geschult und bei der Gründung von Kleinstunternehmen unterstützt.

Jedes Jahr wird am 1. Advent die neue Spendenaktion von Brot für die Welt eröffnet – bundesweit und mit vielen regionalen und lokalen Gottesdiensten. Die regionalen Eröffnungen sind teilweise am 2. Advent. Die Überwindung von Hunger und Armut gehört zu den Schwerpunkten von Brot für die Welt, ebenso wie die Stärkung von Bildung und Gesundheit sowie der Einsatz für den Erhalt der Umwelt und die Wahrung der Menschenrechte. Die Hilfe wurde von Beginn an mit Partnerorganisationen vor Ort nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ umgesetzt. Aktuell fördert Brot für die Welt rund 1.800 Projekte in mehr als 90 Ländern.

- Aufgrund der begrenzten Platzanzahl in der Kirche wird um Anmeldung beim Gemeindebüro der Gesamtkirchengemeinde Calw gebeten (Telefon: 07051 931112, [Pfarramt.Calw.Stadtkirche-2@elkw.de](mailto:Pfarramt.Calw.Stadtkirche-2@elkw.de)).
- Der Gottesdienst wird im Live-Stream übertragen: <https://www.facebook.com/elkwue> (Keine Registrierung notwendig.)

Weitere Informationen: Dr. Birgit Susanne Dinzinger,  
Abteilungsleiterin Migration und Internationale Diakonie,  
Tel.: 0711 1656-377, E-Mail: [dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de)

Prof. Dr. Annette Noller tritt ihren Dienst als Chefin der württembergischen Diakonie an

**Prof. Dr. Annette Noller tritt am 1. Dezember 2020 ihr Amt als Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg an. Die 58-jährige Pfarrerin der württembergischen Landeskirche war seit 2002 Professorin für „Theologie und Ethik in sozialen Handlungsfeldern/Diakoniewissenschaft“ an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg.**

**Stuttgart.** Als Vorstandsvorsitzende ist Annette Noller gleichzeitig Mitglied im Kollegium des Evangelischen Oberkirchenrats, dem Leitungsgremium der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. Im Diakonischen Werk Württemberg bildet sie zusammen mit Kirchenrätin Eva-Maria Armbruster, Vorstand Sozialpolitik, und Finanzvorstand Dr. Robert Bachert den hauptamtlichen Vorstand. Gewählt wurde die Ludwigsburger Professorin vom Verbandsrat, dem kleinen Parlament der württembergischen Diakonie.

„In der Corona-Pandemie ist besonders deutlich geworden, wie wichtig ein gut funktionierendes Gesundheits- und Sozialwesen ist“, sagt Annette Noller. Sie freue sich darauf, in der Landesgeschäftsstelle zusammen mit den 1.400 Diensten und Einrichtungen der Diakonie zusammenzuarbeiten. Es gehe darum, Unterstützungsangebote für Menschen in den unterschiedlichsten Lebenskrisen und Notlagen weiterzuentwickeln. „Unsere Konzepte müssen wir daran ausrichten, dass sie Menschen helfen und den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern. Unterstützen will Noller durch ihre Arbeit insbesondere die Mitarbeitenden der Diakonie. Gerade sie gehen angesichts der Herausforderungen durch die Corona-Krise bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Ihnen danke ich sehr für ihre große Leistung angesichts der Pandemie und wünsche ihnen Kraft und Gesundheit.“

Auch will die neue Vorstandsvorsitzende das kirchlich-diakonische Profil des Wohlfahrtsverbands schärfen und den Dialog über soziale Themen in der Gesellschaft fördern.

Annette Noller ist 1962 in Reutlingen geboren. Nach dem Theologiestudium war sie Wissenschaftliche Assistentin an der Kirchlichen Hochschule Berlin/West und promovierte zur Dr. theol. an der theologischen Fakultät der Humboldt-Universität in Praktischer Theologie. Nach dem Vikariat in Stuttgart-Bad Cannstatt war sie Pfarrerin in Mägerkingen/Trochtelfingen und wurde 1999 zur Pfarrerin ordiniert. Danach arbeitete sie im Bundesverband der Diakonie als Referentin für „Theologie in diakonischen Handlungsfeldern“. 2002 kam Noller als Professorin an die Evangelische Hochschule Ludwigsburg, 2015 habilitierte sie sich an der Universität Heidelberg mit dem Thema „Diakonat und Kirchenreform“. An der Führungsakademie des Landes Baden-Württemberg machte sie eine Ausbildung zum Business Coach für Wirtschaft und Verwaltung.

An der Evangelischen Hochschule war Noller Dekanin und Studiengangsleiterin von diakoniewissenschaftlichen Bachelor- und Masterstudiengängen. Sie leitete den Masterstudiengang „Management, Ethik und Innovation im Nonprofit-Bereich“ in Kooperation mit dem Diakoniewissenschaftlichen Institut der Universität Heidelberg und den Evangelischen Hochschulen in Darmstadt und Freiburg. Auch war sie Vorsitzende der Ethikkommission. Einen bundesweiten Ruf hat sich Annette Noller mit ihren Forschungen, Publikationen und Vorträgen zur Diakoniewissenschaft und zu ethischen Fragen sozialen Handelns erworben.

Die diakonische Praxis kennt die Mutter zweier erwachsener Kinder aus Kooperationen und Praxisprojekten. Prof. Dr. Noller ist Mitglied in der Konferenz für Diakonie und Entwicklung des Bundesverbands der Diakonie. Von 2008 bis 2017 war sie Mitglied im Aufsichtsrat der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart (eva).

Weitere Informationen: Claudia Mann, Pressesprecherin,  
Tel.: 0711 1656-334, E-Mail: [mann.c@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:mann.c@diakonie-wuerttemberg.de)

„Vollblutpolitiker“ mit Einsatz für eine diakonische Kirche**Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, seit elf Jahren Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, geht zum 1. Dezember 2020 in den Ruhestand.**

**Stuttgart.** Die Verabschiedung mit Gottesdienst und Festprogramm verfolgten rund 280 Menschen aus Diakonie, Kirche und Verbänden an ihren Bildschirmen. Sozialminister Manfred Lucha lobte Kaufmann als „Vollblutpolitiker im besten Sinn und wichtige Persönlichkeit fürs Soziale in Baden-Württemberg“. Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July würdigte den scheidenden Vorstandsvorsitzenden als einen, der immer wieder auf die diakonischen Arbeitsfelder und die Zusammengehörigkeit von Kirche und Diakonie hingewiesen habe. Als Erfolge von Kaufmanns Wirken erwähnte July beispielhaft den Aktionsplan Inklusion, die Teilhabegutscheine und den Fonds Mutmacher, eine Soforthilfe für Menschen, die durch die Corona-Krise in Not geraten sind.

In seiner Predigt sagte Kaufmann, dass er in den elf Jahren seiner Amtszeit auch Schweres erlebt hat. Armut habe sich nicht reduziert, Europa habe nach wie vor kein Aufnahmekonzept für Flüchtlinge. Heimkinderschicksale, die Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs oder der Widerstand einer Nachbarschaft gegen eine geplante Wohngruppe von Menschen mit Behinderung seien weitere Beispiele. So wie die Jünger Jesu enttäuscht über das leere Netz beim Fischfang waren, gehe es auch vielen Mitmenschen. Da sei es Aufgabe von Diakonie und Kirche, dazwischen zu gehen, Teilhabe zu ermöglichen. „Für die da zu sein, die das Leere kennen, einen ablehnenden Bescheid, Ausweisung. Das ist unser alltägliches Geschäft als Kirche des Auferstandenen.“ Dabei zeige sich auch viel Hoffnungsvolles: die Energie, die ein Mensch mit Behinderung für sein Leben aufbringe. Die Gaben von Flüchtlingen. „Manche, die wir bis an das Ende ihres Lebens pflegen, lehren uns Auferstehungshoffnung.“ Er selber habe sein Engagement oft empfunden wie eine Fahrt aufs offene Meer, es habe Rücken- und Gegenwind gegeben. Die Erkenntnis der Jünger Jesu helfe: „Es geht weiter, denn sie wussten, dass es der Herr war.“ Alle Menschen hätten es nötig, sich von Gottes Geist bewegen zu lassen, er sei Mut-Macher. Das zu wissen, sei vor allem in der Corona-Krise wichtig .

Staatsekretärin i. e. R. Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Vorsitzende des Präsidiums des Diakonischen Werks Württemberg, sagte, Dieter Kaufmann habe den Diskurs nicht gescheut, sei seinem Gegenüber aber immer mit Wertschätzung begegnet. Die Diakonie verdanke ihm wesentliche Impulse.

Ulrich Lilie, Präsident der Diakonie Deutschland, dankte Kaufmann für sein Engagement in der Diakonie Deutschland. Jan Gasper von der Diakonie in der Slowakei erkannte ihm virtuell das Goldabzeichen seiner Kirche zu, die seit über 30 Jahren mit der württembergischen Kirche und Diakonie zusammenarbeitet. Grußworte kamen auch per Video-Einspieler.

Dieter Kaufmann zeigte sich „bewegt, gerührt, beeindruckt“. Er bedankte sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Diakonie in Württemberg für ihren großen Einsatz. Er selbst habe „die wunderbare Vielfalt in diesem Amt genossen“.

Der in Aalen geborene Kaufmann (65) schlug zunächst die Laufbahn als Notar ein, ehe er Theologie studierte und zunächst Gemeindepfarrer der Diakoniewerksgemeinde Karlshöhe Ludwigsburg und Dozent in der Diakonenausbildung wurde. Ab 1990 war er Landesjugendpfarrer. Im Jahr 1999 wurde er Dekan des Evangelischen Kirchenbezirks Esslingen. Im Ehrenamt ist Kaufmann unter anderem Mitglied im Verwaltungsrat Stiftung Karlshöhe Ludwigsburg und Vorsitzender des Ausschusses Diakonie der Diakonie Deutschland. 2015 wurde Kaufmann von der EKD-Synode in den Rat der EKD gewählt.

Weitere Informationen: Claudia Mann, Pressesprecherin,  
Tel.: 0711 1656-334, E-Mail: [mann.c@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:mann.c@diakonie-wuerttemberg.de)

Verbände fordern Studie vom Land und Stärkung der Schulsozialarbeit

**Fast die Hälfte von 2.400 Schülerinnen und Schülern empfanden die Einschränkungen während des Lockdowns im Frühjahr als belastend oder sehr belastend. Die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit (LAG JSA) und das Netzwerk Schulsozialarbeit Baden-Württemberg fordern nach ihrer Online-Umfrage deshalb die Landesregierung auf, eine wissenschaftlich begleitete Studie zu starten mit der Fragestellung, was junge Menschen jetzt brauchen.**

**Stuttgart.** Außerdem müsse die Schulsozialarbeit auch bei der Diskussion um Schulschließungen gestärkt werden. „Jugendliche leiden unter Kontaktbeschränkungen, der Reduzierung von Freizeitangeboten und der Freiheit, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten und sich mit anderen zu treffen“, stellt Bernadette Ruprecht, 1. Vorsitzende der LAG JSA, fest. Bei der Umfrage in Kooperation mit dem Netzwerk Schulsozialarbeit Baden-Württemberg e.V. (Netzwerk) Mitte Juli gaben über 40 Prozent der Befragten aus allen Schularten an, dass für sie die Situation im Frühjahr belastend oder sogar sehr belastend war.

Die hohe Anzahl an Rückmeldungen in einem so kurzen Zeitraum lasse einen klaren Rückschluss auf das Mitteilungsbedürfnis junger Menschen zu, so die Verbände. Es gebe den ausdrücklichen Wunsch, gehört zu werden, und den Willen, sich aktiv zu beteiligen. „Junge Menschen dürfen nicht nur in den Blick genommen werden, wenn es Randalen gibt. Sie sind Teil der Gesellschaft und die gesellschaftlichen und politischen Akteure sind aufgefordert, die jungen Menschen in Entscheidungsprozesse viel stärker einzubinden und auf Augenhöhe zu beteiligen“, sagt Philipp Löffler, verantwortlich für die Schulsozialarbeit und Mobile Jugendarbeit in der LAG JSA.

Die beiden Verbände machen darauf aufmerksam, dass sich die jungen Menschen in einer wichtigen Orientierungsphase befinden und sich kaum mit den Kernherausforderungen der Jugendphase – Orientierung, Qualifizierung und Verselbständigung – auseinandersetzen konnten.

Fazit für die LAG JSA und das Netzwerk ist, sich weiterhin für die Rechte und Bedürfnisse junger Menschen und die Stärkung der Schulsozialarbeit in allen Schularten einzusetzen. Gerade während des Lockdowns sei es den Trägern der Schulsozialarbeit mit vielen kreativen Maßnahmen gelungen, den Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern nicht abreißen zu lassen und sie in der belastenden Situation zu stärken. Beispielsweise wurden in einer Musik-Challenge von Schülern Texte geschrieben, bei der Schulsozialarbeit eingereicht und dort dann zu einem Lied vertont. Auch gab es Briefaktionen, um auch die Schülerinnen und Schüler anzusprechen, die digital nicht zu erreichen waren.

Die Verbände, deren Umfrage ein Stimmungsbild erheben sollte, fordern das Land auf, eine wissenschaftlich begleitete Studie zu initiieren. „Die jungen Menschen, die mitten in der Gestaltung ihrer Zukunft sind, brauchen in der Pandemie gute Rahmenbedingungen und Unterstützung“, sagt Bernadette Ruprecht. Deshalb müsse die Landesregierung so rasch wie möglich in Abstimmung mit Hochschulen eine Studie mit der Fragestellung „Was brauchen junge Menschen jetzt?“ auf den Weg bringen.

In der Diskussion um weitere Schulschließungen ist es für die LAG JSA und das Netzwerk dringend erforderlich, dass hierbei die Schulsozialarbeit und der Zugang der Schülerinnen und Schüler zum Angebot mitdiskutiert werden muss. Es sei zu vermeiden, dass diese sozialpädagogische Unterstützung erneut teilweise oder ganz wegbricht.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit (LAG JSA) Baden-Württemberg ist ein Zusammenschluss von Trägergruppen (Arbeiterwohlfahrt, Diakonie, Internationaler Bund, Katholische Jugendsozialarbeit, Der Paritätische) im Bereich der Jugendsozialarbeit zur Wahrnehmung der Interessen für die Handlungsfelder der Jugendsozialarbeit in gemeinsamer Verantwortung.

Vorrangiges Ziel des Netzwerks Schulsozialarbeit Baden-Württemberg e.V. ist die Vernetzung und Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit als Handlungsfeld der Jugendhilfe in Baden-Württemberg.

Weitere Informationen: Matthias Reuting, Abteilungsleiter Kinder, Jugend und Familie, Tel.: 0711 1656-216, E-Mail: [reuting.m@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:reuting.m@diakonie-wuerttemberg.de)

Antigen-Schnelltests für Einrichtungen der Pflege und Behindertenhilfe sinnvoll

**Die Diakonie Württemberg begrüßt es, dass Antigen-Schnelltests bei Mitarbeitenden, Bewohnern und Besuchern in Pflegeheimen, der ambulanten Pflege und in Einrichtungen der Behindertenhilfe gemacht werden sollen.**

**Stuttgart.** „Diese Tests helfen, lange Quarantäne-Zeiten zu vermeiden – zum Beispiel von Bewohnern, die vom Krankenhaus oder vom Verwandtenbesuch über die Feiertage zurückkommen. Wir könnten dadurch auch die Tagespflegen, Betreuungsgruppen und andere offene Hilfen weiter geöffnet lassen“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg.

Die erfordert jedoch eine Verantwortungspartnerschaft aller Seiten. Für die Aufnahme einer kostendeckenden Refinanzierung der Testkonzepte in die Testverordnung setzen sich deshalb das Diakonische Werk Württemberg, der Evangelische Landesverband für Diakonie-Sozialstationen in Württemberg und der Württembergische Evangelische Fachverband für Altenhilfe (WEFA) gemeinsam ein. „Sowohl die Sachkosten für die Test-Kits als auch die Personalkosten für zielgerichtet anzuwendende Antigen-Schnelltests müssen als coronabedingte Aufwendungen in angemessener Höhe im Rettungsschirm der Pflege verankert werden“, sagt Kirchenrätin Eva-Maria Armbruster, Vorstand Sozialpolitik im Diakonischen Werk Württemberg. Die Erhöhung der Pauschale von sechs auf neun Euro sei für einen Test von mindestens 20 Minuten nicht ausreichend, unverständlich auch die Entscheidung, dass Krankenhäuser zwölf Euro bekommen.

Die Diakonie Württemberg vermisst die Antwort auf die Frage, wer die Testungen vornimmt. Das Fachpersonal in den Pflegeeinrichtungen wird dringend für die Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner gebraucht. Für eine regelmäßige flächendeckende Testung stehen deshalb keine Kapazitäten zur Verfügung. „Testungen sind nur mit zusätzlichem Personaleinsatz denkbar. Die dadurch entstehenden Kosten müssen dann aber auch adäquat ersetzt werden“ sagt Kirchenrätin Armbruster. Die Abnahme eines Tests beispielsweise bei demenziell erkrankten Menschen oder Menschen mit Mehrfachbehinderungen seien sehr zeitaufwändig. Auch die empfohlene Testung der Besucher erfordere eine hohe zeitliche Flexibilität des Testpersonals.

Hilfreich ist der Schnelltest auch für die Mitarbeitenden. Er hilft beispielsweise dabei, eine Erkältung von einer Covid-19-Erkrankung zu unterscheiden. Leicht erkältete Pflege- und Betreuungskräfte könnten dann unter Einhaltung der Hygienevorgaben weiter tätig sein. „Das vermeiden wir natürlich, wo es geht, aber bei großem Personalausfall ist dies unumgänglich“, sagt Armbruster. Die Erfahrung der vergangenen Monate zeige, dass viele Mitarbeitende zu solchen Einsätzen bereit sind. „Hierfür sind wir sehr dankbar.“ Vorrangig muss nach Ansicht der Diakonie Württemberg bei einer Gefährdungslage in der Pflege und Behindertenhilfe weiterhin der PCR-Test Standard sein, weil sein Ergebnis für eine höhere Sicherheit sorgt. Prinzipiell dürften Einrichtungen nicht zu Testzentren werden, im konkreten Verdachtsfall und mit entsprechender Symptomatik oder Kontakten müssten weiterhin die Gesundheitsämter verantwortlich und zuständig sein.

Testungen im ambulanten Bereich müssen nach Ansicht der Diakonie Württemberg weiterhin bei den hausärztlichen Praxen oder dem örtlichen Gesundheitsamt liegen. Hier erhöhen in der Regel weitere Kontakte wie Freunde oder Nachbarn die Erfordernis, Infektionsketten nachzuverfolgen. pm

Weitere Informationen: Gabriele Hönes, Abteilungsleiterin Gesundheit, Alter, Pflege, Tel.: 0711 1656-264, E-Mail: [hones.g@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:hones.g@diakonie-wuerttemberg.de)

Vesperkirchen-Saison beginnt

**Am Sonntag, 29. November, hat in Baden-Württemberg die Vesperkirchensaison begonnen – als erste öffnete die Vesperkirche in Bopfingen ihre Tore.**

**Stuttgart.** Die corona-bedingten Beschränkungen sind eine schwere Belastung für das Konzept der Vesperkirche, das vor allem auf persönliche Begegnung setzt. Trotzdem finden viele Gemeinden Lösungen, mit denen sie auch in diesem Winter arme und benachteiligte Menschen unterstützen können.

So hat zum Beispiel die Kreisdiakonie in Ludwigsburg gemeinsam mit zehn Gastronomen für Januar und Februar eine Vesperkirche to go konzipiert. Andere Wege geht man etwa in Kirchheim unter Teck, wo die Vesperkirche zur persönlichen Einladung nachhause wird, oder in Weingarten, wo die Gemeinde das Angebot räumlich und zeitlich entzerrt.

Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July würdigt das Engagement: „Vesperkirchen sind unverzichtbar, sie legen den Finger in eine Wunde des Sozialstaats. Gerade in der Pandemie verschärfen sich die sozialen Gegensätze. Als Christen stehen wir klar auf der Seite der Armen und Benachteiligten“, sagt er. „Ich bin den mehreren Tausend Engagierten vor Ort sehr dankbar. Sie setzen sehr viel Zeit, Kraft, Geld und – gerade in dieser Zeit – auch viel Kreativität und Fantasie ein, um denen beizustehen, die Hilfe brauchen.“

Der Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg, Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, weist auf die wichtige Funktion der Vesperkirchen hin: „Vesperkirchen verhindern weder Armut noch soziale Ungerechtigkeiten. Sie sind auch keine Suppenküchen. Vesperkirchen sorgen dafür, dass sich Menschen unterschiedlicher Herkunft und Prägung auf Augenhöhe begegnen und jene wahrgenommen werden, die sonst wenig Beachtung finden. Sie bieten Nahrung für Leib und Seele. Und sie mahnen die Politik: Setzt euch stärker für die Armen ein.“ Derzeit sind 25 Vesperkirchen bis Ende März in Baden-Württemberg geplant, neun weniger als vor Corona.

In der letzten Vesperkirchensaison vor Ausbruch der Pandemie (2018/2019) fanden in Baden-Württemberg 34 Vesperkirchen statt, vier davon in Baden. Zwölf der 34 Vesperkirchen wurden ökumenisch organisiert. In den 30 württembergischen Vesperkirchen haben damals rund 6.600 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer an 575 Vesperkirchentagen rund 170.000 Mahlzeiten ausgegeben. Die vergangene Saison (2019/2020) stand schon unter dem Einfluss von Covid-19. Mehrere Vesperkirchen mussten vorzeitig abgebrochen werden oder konnten gar nicht erst stattfinden.

Vesperkirchen bieten bedürftigen Menschen Verpflegung und ein warmes Plätzchen in der kalten Jahreszeit, medizinische und praktische Hilfe sowie menschliche Zuwendung. Ehrenamtlich arbeitende Ärzte sind im Einsatz; vor Corona konnten sich Besucher kostenlos die Haare schneiden lassen, Tierärzte kümmerten sich um die Haustiere der Gäste. Andachten und kulturelle Angebote, beispielsweise kostenlose Konzerte, machen die Vesperkirchen zum Ort der Begegnung für Menschen aller Altersgruppen und Gesellschaftsschichten. Die erste Vesperkirche öffnete Mitte der 1990er Jahre in der Stuttgarter Leonhardskirche. pm

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: [stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de)



Kinder und Familien kommen in Baden-Württemberg zu ihrem Recht

**Zum internationalen Tag der Kinderrechte am 20. November betonten Wohlfahrtsverbände in Baden-Württemberg die Bedeutung von verlässlichen Strukturen in den Bereichen Kinderschutz und Beteiligung. Hier sei das seit Juli existierende landesweite Ombudssystem vorbildlich.**

**Freiburg/Stuttgart/Karlsruhe/Offenburg.** Um Kindern und Jugendlichen ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen, müssen sie in erster Linie gehört und in ihren Belangen ernst genommen werden. Kinderrechte sollten nicht nur proklamiert, sondern in verlässlichen Strukturen umgesetzt werden. Zum Internationalen Tag der Kinderrechte am 20. November begrüßen Caritas, Diakonie und der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg sowie der Landesverband privater Träger der Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe in Baden-Württemberg (VPK) diese Entwicklung als einen wichtigen Schritt, um die Rechte von Kindern und deren Familien sicherzustellen und ihnen Gehör zu verschaffen. „Das ist ein ganz entscheidender Baustein in den Bereichen Kinderschutz und Beteiligung“ heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Verbände.

Bei unabhängigen Ombudsstellen finden Kinder, Jugendliche und Familien kostenfrei und vertraulich Beratung, Begleitung und Vermittlung in Konflikten mit den Jugendämtern oder mit Einrichtungen der stationären Jugendhilfe. Seit Sommer dieses Jahres stehen Ratsuchenden sieben Berater\*innen in den vier Regierungsbezirken Baden-Württembergs zur Verfügung.

Maßgeblich am Aufbau dieses Ombudssystems beteiligt war die „Initiative Habakuk“, die von der Caritas Baden-Württemberg vor 14 Jahren gegründet wurde und seit 2014 gemeinsam mit der Diakonie, dem PARITÄTISCHEN und dem VPK getragen wird. Der Name Habakuk (hebräisch: „der Umarmende“) bezieht sich auf einen Propheten aus dem Alten Testament, der die sozialen Verhältnisse und Bedingungen seiner Zeit kritisiert und Recht und Gerechtigkeit angemahnt hat. Wie der Prophet will die „Initiative Habakuk“ mit ihren Ombuds- und Beschwerdestellen Menschen in ihrem Recht (be-)stärken und ihnen anwaltschaftlich zur Seite stehen.

Von Anfang an unterstützte die Initiative Kinder und ihre Familien darin, für ihre Rechte einzutreten. Mit ihrer Expertise war sie entscheidend an dem fachlichen und politischen Diskurs zur Einführung eines Ombudssystems für die Jugendhilfe in Baden-Württemberg beteiligt. Nachdem jetzt ein landesweites unabhängiges Ombudssystem etabliert ist, wird die erfolgreiche „Initiative Habakuk“ mit dem Ende dieses Jahres eingestellt. Ihre Internetseite wird dann abgeschaltet. Informationen zu den Ansprechpersonen finden Ratsuchende weiterhin auf der Webseite: [www.ombudschaft-jugendhilfe-bw.de](http://www.ombudschaft-jugendhilfe-bw.de)

Dieses Jahr am 20. November jährte sich die Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention zum 31. Mal. Am 20. November 1989 verabschiedeten die Vereinten Nationen die UN-Konvention über die Rechte des Kindes. Doch trotz zahlreicher Fortschritte in den vergangenen Jahrzehnten fehlen Millionen Kindern noch immer die nötigen Voraussetzungen für ein gutes Aufwachsen. Mädchen und Jungen auf der ganzen Welt kämpfen für eine bessere Zukunft und setzen sich für ihre Rechte ein. pm

Weitere Informationen: Matthias Reuting, Abteilungsleiter Kinder, Jugend und Familie, Tel.: 0711 1656-216, E-Mail: [reuting.m@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:reuting.m@diakonie-wuerttemberg.de)

Armutsbekämpfung: Sozialpolitische Einzelmaßnahmen reichen nicht aus

**Fünf Jahre ist es her, dass die baden-württembergische Landesregierung den ersten Armuts- und Reichtumsbericht präsentiert hat. Aus Sicht von Caritas und Diakonie war diese Veröffentlichung der Zahlen so wichtig, da das Land erstmals anerkannte: Es gibt Armut im Südwesten.**

**Stuttgart/Freiburg/Karlsruhe.** Vor allem die beklemmende Armutslage von Alleinerziehenden und ihren Kindern kam zutage. Fünf Jahre später hat sich für die Alleinerziehenden die Lage kaum verbessert. So fiel der Anteil der Armutsgefährdeten bei den Alleinerziehenden im Land von 45,5 Prozent (2015) um 3 Prozentpunkte auf 42,5 Prozent in 2019. Insgesamt aber hat sich die Armutsgefährdungsquote in diesen fünf Jahren in Baden-Württemberg von 15,3 Prozent auf 15,6 Prozent leicht erhöht. Die vier kirchlichen Wohlfahrtsverbände in Baden-Württemberg kommen erneut zu dem Schluss, dass die Anliegen der sozialpolitischen Maßnahmen des Landes für sich genommen gut sind, die Vorhaben aber nicht in gewünschtem Maße wirken. Das Land habe viele Einzelmaßnahmen und Projektförderungen zur Bekämpfung von Armut auf den Weg gebracht. Eine übergreifende Gesamtstrategie zur Verbesserung der Lage von armutsgefährdeten Kindern und Erwachsenen müsse dringend folgen, so Diakonie und Caritas.

Ein generell hohes Einkommensniveau im Südwesten erschwert die Teilhabe von Menschen mit geringem Verdienst. Auch ein sozialversicherungspflichtiger Vollzeitjob ist hierzulande kein Garant für ein auskömmliches Einkommen. Das heißt: Viele Menschen sind trotz Arbeit von Armut bedroht. Denn 15 Prozent der Vollzeitbeschäftigten im Südwesten arbeiten im Niedriglohnsektor und haben einen Monatsverdienst von weniger als 2.270 Euro. Dieser Betrag stellt die Schwelle zum Niedriglohnsektor für die westdeutschen Bundesländer dar. Der Anteil der Mehrfachbeschäftigten hat sich im Südwesten in den vergangenen Jahren ebenso um knapp zwei Prozentpunkte erhöht und liegt bei über 12 Prozent. Auch unter den erwerbsfähigen Beziehern von Hartz IV arbeitet jeder Vierte und bezieht aufstockende Hilfen. Davon sind wiederum 12 Prozent in Vollzeit beschäftigt.

Generell bewerten es Diakonie und Caritas als sehr positiv, dass mit dem aktuellen Gesellschaftsmonitoring des Sozialministeriums und des Statistischen Landesamts der Armuts- und Reichtumsbericht in neuem Format fortgeschrieben wird. Allerdings müssen die Erkenntnisse nun konsequent in eine wirksame sozialpolitische Gesamtstrategie übersetzt werden, die die Lage von armen Familien und armutsgefährdeten Haushalten spürbar verbessert. Erneut weisen die Verbände darauf hin: Armutspolitik muss als Querschnittsaufgabe verstanden und in allen politischen Ressorts angesiedelt werden. Das heißt: Alle politischen Entscheidungen müssen auf Familienverträglichkeit geprüft werden und einer Armutsprävention dienen. Dies betrifft sowohl die Wohnungs-, wie die Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik. Auch eine Zusammenarbeit verschiedener Ministerien unter dem Gesichtspunkt der Armutsprävention ist notwendig. Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg stehen bei diesen Fragen mit ihrer Expertise weiterhin gerne begleitend und tatkräftig zur Seite. Pm

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: [stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de)

Jugenddiakoniepreis Baden-Württemberg ehrt Engagement von Jugendlichen

**Sechs diakonische Projekte haben den vom Diakonischen Werk Württemberg, von der Evangelischen Jugend in Baden und dem Evangelischen Jugendwerk in Württemberg und den Zieglerschen ausgelobten Jugenddiakoniepreis erhalten. Die Preisverleihung findet am 12. November um 17.30 Uhr digital statt.**

**Stuttgart/Karlsruhe.** Kirchenrätin Eva-Maria Armbruster, Vorstand Sozialpolitik im Diakonischen Werk Württemberg ist begeistert von den Ideen und dem Engagement der Jugendlichen. „Es ist ein starkes Hoffnungszeichen, wenn junge Menschen sich für ein gutes Zusammenleben in unserer Gesellschaft einsetzen“. Für Cornelius Kuttler, Leiter des Evangelischen Jugendwerks in Württemberg, gehört das diakonische Anliegen untrennbar zum Evangelium von Jesus Christus. „Viele unserer Angebote machen diakonisches Miteinander konkret erfahrbar.“

„Der Preis hat für Kirche und ihre Diakonie eine große Bedeutung“, sagt Landesjugendpfarrer Jens Adam von der Landeskirche Baden. „Nicht nur, weil es wichtig ist, dass junge Menschen sich einbringen, eigene Ideen entwickeln und so Verantwortung übernehmen, sondern auch, weil von diesem Engagement alle profitieren.“ Die Erfahrungen, die Menschen machten, während sie helfen und sich helfen lassen, wirkten oft auf beiden Seiten lange nach. „Deswegen sind wir überzeugt, dass das soziale Engagement junger Menschen wichtig und preiswürdig ist.“ Der Jugenddiakoniepreis wird 2021 wieder ausgeschrieben.

Getragen und finanziell unterstützt wird der Jugenddiakoniepreis von der Diakonie Württemberg, dem Evangelischen Kinder- und Jugendwerk Baden, dem Evangelischen Jugendwerk in Württemberg, den Zieglerschen, der Stiftung Diakonie Württemberg und dem Jugendradio bigFM und der Evangelischen Bank. Der Preis wird jährlich für das soziale Engagement junger Menschen in den Altersgruppen von 13 bis 17 Jahren und 18 bis 27 Jahren vergeben.

Der erste Platz ist jeweils mit 2.000 Euro dotiert, der zweite Platz mit 1.000 und der dritte Platz mit 500 Euro. In der Altersklasse der 13- bis 17-Jährigen erhielten einen Preis: Das Konzept „online Kinderkirche“ aus Kirchheim, die Gruppe „Youth we go“ mit ihrer Keksbackaktion in der Kirchengemeinde Wollmatingen und das „Mühlengärtle“ in Gemmingen. In der Altersklasse der 18- bis 27-Jährigen erhielten einen Preis: Das Multimedia-Projekt „Teenager versus Corona“ in Pforzheim, das Projekt „Diakonisch sehen lernen“ der Kindergruppe der Kirchengemeinde Ostelsheim und der Verein „Bridging Gaps“ aus Sindelfingen mit ihrer sozialdiakonischen Bildungsarbeit. Pm

Weitere Informationen: Claudia Mann, Pressesprecherin,  
Tel.: 0711 1656-334, E-Mail: [mann.c@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:mann.c@diakonie-wuerttemberg.de)

Zwei Filmpreise für Kinder und Jugendliche ausgeschrieben

**Zwei Filmwettbewerbe für junge Leute haben das Evangelische Medienhaus Stuttgart und das Diakonische Werk Württemberg gemeinsam mit den beiden Landesverbänden für Kindergottesdienst in Baden und Württemberg ausgeschrieben. Der Wettbewerb Goldene Gans befasst sich mit dem Thema Demokratie. Der Wettbewerb Silbernes Schaf prämiert Verfilmungen biblischer Geschichten. Insgesamt sind Preise in Höhe von 1.800 Euro ausgelobt. Einsendeschluss ist der 9. Mai 2021.**

**Stuttgart/Karlsruhe** Die Goldene Gans will als Motto-Filmpreis für Kinder- und Jugendgruppen die Auseinandersetzung mit aktuellen, kirchlich relevanten Themen anregen. Das diesjährige Motto lautet „Wir sind dabei: Vielfalt leben, Demokratie gestalten!“

Der Bibel-Filmpreis Silbernes Schaf richtet sich an Kindergottesdienste, Jungscharen, Konfirmationsgruppen und Religionsklassen. Alle sind eingeladen, eine Bibelgeschichte zu verfilmen und einzureichen.

Die Filme werden in unterschiedlichen Alterskategorien prämiert. Preisstifter sind das bibliorama – Bibelmuseum Stuttgart, das landeskirchliche Demokratieprojekt „Demokratie stärken – Kirche zeigt Präsenz“, das Evangelische Jugendwerk in Württemberg, das Kulturamt der Landeshauptstadt Stuttgart, der Verlag Junge Gemeinde sowie die vom Evangelischen Medienhaus produzierte Kindersendung „Hallo Benjamin!“.

Es können sowohl Real- als auch Trickfilme aus Baden-Württemberg bis 7 Minuten Länge eingereicht werden. Einsendeschluss für alle Beiträge ist der 9. Mai 2021. Die Preisverleihung findet im Juli 2021 statt.

Hintergrund: Seit über 20 Jahren können Kinder und Jugendliche Filme für die Goldene Gans produzieren, und der Bibel-Filmpreis Silbernes Schaf lässt bereits seit über 10 Jahren die Geschichten aus der Bibel filmisch lebendig werden. Nun sind die Wettbewerbe unter dem Dach der Evangelischen Kinder- und Jugend-Filmpreise zusammengerückt. Veranstalter der Filmpreise sind die Evangelische Medienhaus GmbH, das Diakonische Werk Württemberg sowie die beiden Evangelischen Landesverbände Kindergottesdienst Baden und Württemberg. pm

Weitere Informationen: Claudia Mann, Pressesprecherin,  
Tel.: 0711 1656-334, E-Mail: [mann.c@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:mann.c@diakonie-wuerttemberg.de)

Einrichtungen der Behindertenhilfe gehen bei Corona-Hilfen leer aus

**„Mitten in der zweiten Infektionswelle gibt es seitens der Landesregierung nach wie vor keine Signale, sich an den corona-bedingten Mehrkosten in der Behindertenhilfe zu beteiligen“ erklärt Ursel Wolfgramm, Vorstandsvorsitzende der Liga-BW die derzeitige Lage. „Die vulnerable Gruppe der Menschen mit Behinderung wird damit symbolisch im Stich gelassen“ resümiert Wolfgramm.**

**Stuttgart/Karlsruhe/Freiburg.** Als die Corona-Pandemie ausbrach, mussten sich nicht nur die Pflegeheime entsprechend ausstatten, sondern auch die Einrichtungen der Behindertenhilfe. Dort brauchte es ebenfalls jede Menge Masken, Schutzausrüstung und Plexiglas. Die Wohnheime und Werkstätten hat das viel Geld gekostet. Aber während Pflegeheime diese Mehrkosten über das Krankenhausentlastungsgesetz erstattet bekommen, bleiben die Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen in Baden-Württemberg auf ihren Ausgaben sitzen. Dabei gehören Menschen mit einer Behinderung zur Risikogruppe.

Wohnheime und Werkstätten für Menschen mit Behinderung sowie viele ambulante und offene Angebote der Eingliederungshilfe arbeiten seit Beginn der Coronakrise unter Ausnahmebedingungen. Wegen der Einschränkungen der vergangenen Monate konnten Menschen mit Behinderung nicht wie gewohnt zur Arbeit in die Werkstatt gehen, sondern wurden in ihren Wohneinrichtungen weiter betreut. Teilhabemöglichkeiten insbesondere im Lebensbereich Freizeit waren und sind erheblich eingeschränkt, viele Angebote konnten hier nicht angeboten und durchgeführt werden. In vielen Wohnheimen waren und sind ganze Gruppen unter Quarantäne. Betretungsverbote und Ausgangssperren haben über viele Wochen die sozialen Kontakte zu Freunden, Angehörigen und Familien massiv erschwert. In dieser Zeit waren und sind die Mitarbeitenden der Einrichtungen diejenigen, die an der Seite der Menschen mit Behinderung durch diese schwere Zeit gehen.

Dafür müssen die Dienste und Einrichtungen mit einem hohen finanziellen Aufwand viele Kraftanstrengungen unternehmen. „Wir mussten beispielsweise Beschäftigte unserer Werkstätten in kleinen Gruppen betreuen und die Beschäftigten aus unseren Wohneinrichtungen, die zeitweilig die Werkstätten nicht besuchen konnten, vor Ort in den Wohnhäusern betreuen. Hierfür mussten wir massiven personellen Mehraufwand leisten“, schildert Michael Müller, Vorstand der Caritas im Tauberkreis die Situation. Zudem wurden Gebäude und Räume durch aufwändige Um- und Einbauten so umgestaltet, dass ein risikoarmer Betrieb weiterhin möglich ist sowie in großem Umfang persönliche Schutzausrüstung angeschafft. Für den Caritasverband, der unter anderem drei Wohnhäuser in besonderer Wohnform und drei Werkstattstandorte betreibt, führt das zu erheblichen Mehrkosten, die nicht abgedeckt sind. „Rund 210.000 Euro sind bislang aufgelaufen. Bis zum Jahresende wird diese Summe noch deutlich ansteigen“, betont Müller.

Ähnliche Erfahrungen macht auch Thomas Edelbluth, Vorstand des Sonnenhof e.V. in Schwäbisch Hall,: „Neben den erheblichen Mehrkosten durch erhöhte Hygiene- und Schutzmaßnahmen schlagen vor allem die Mehrkosten im Personalbereich in Quarantänesituationen zu Buche. Über 100 Bewohner unserer Wohnangebote bekamen durch uns während der Schließung der externen Werkstätten für Menschen mit Behinderung eine zusätzliche tagesstrukturierende Betreuung in deren Wohnung. Da wir keine eigene Werkstatt betreiben, musste unser Personal dazu eine enorme Kraftanstrengung und unzählige Überstunden leisten. Insgesamt rechnen wir mit einer zusätzlichen Corona-Belastung von bis zu 750.000 Euro, wobei eine endgültige Abschätzung aufgrund der zweiten Welle derzeit noch gar nicht möglich ist. Eine Refinanzierung dieses Aufwands durch die zuständigen Stadt- und Landkreise fand bisher jedenfalls nicht statt“, beklagt Edelbluth.

Auch die Karl-Schubert-Gemeinschaft aus Filderstadt rechnet mit Mehrkosten von ca. 25.000 Euro monatlich. „Für das gesamte Jahr sind das 250.000 Euro Mehrkosten. Dazu kommen erhebliche Mindereinnahmen“, betont der Geschäftsführer Tobias Braun. „Um unsere Liquidität zu sichern wurden alle (Bau-)Projekte vorerst gestoppt. Damit provozieren wir perspektivisch einen

Instandhaltungsstau und fehlende Angebote für Menschen mit Assistenzbedarf. Es ist nicht nachvollziehbar, dass sich die Stadt- und Landkreise als Leistungsträger nicht mit dem Land einigen können. Darunter leiden die Leistungserbringer und letztlich die Leistungsberechtigten.“

Neben der wirtschaftlichen Unsicherheit der Träger darf folglich auch die Situation vor Ort nicht übersehen werden. „Die Corona-Pandemie hat unsere Karl-Schubert-Gemeinschaft ordentlich durcheinandergerüttelt. Wir müssen die Balance halten zwischen der Ansteckungsgefahr bzw. der Sicherheit für die Menschen mit und ohne Assistenzbedarf auf der einen Seite und der Begleitung und Erhaltung der Beziehungen als sozialtherapeutisches Instrument auf der anderen Seite. Eine Quadratur des Kreises!“ sagt Tobias Braun.

Trotz der ernsten Situation werden die corona-bedingten hohen finanziellen Belastungen bis heute durch keine staatlichen Schutzschirme ausgeglichen, wie etwa in der Altenhilfe. Immerhin rechnen alle Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe im Land mit Mehrkosten und Mindereinnahmen, die durch die Nichtbelegung von freien Plätzen und die Schließung der Werkstätten sowie den Ausfall vieler Angebote im ambulanten Bereich entstanden sind, allein für dieses Jahr von rund 84 Millionen Euro. Andere Bundesländer haben hier Lösungen gefunden.

Die Hoffnung, dass die Landesregierung im Rahmen des Nachtragshaushalts der Behindertenhilfe finanziell unter die Arme greift, hat sich bislang nicht erfüllt. Obwohl es die Möglichkeit gäbe, die entstandenen Mehrkosten aus der Corona-Rücklage des Landes abzudecken. Ein entsprechendes gemeinsames Schreiben der Leistungserbringerverbände, der Kommunalen Landesverbände und des KVJS an Finanzministerin Edith Sitzmann und Sozialminister Manne Lucha sowie an die Fraktionsvorsitzenden im Landtag vom September dieses Jahres blieb bisher ohne Antwort. Für die Einrichtungen, die alles tun, damit Menschen mit Behinderungen auch unter Corona-Bedingungen bestmöglich betreut und versorgt werden, ist es unverständlich und enttäuschend, dass das Land bisher nicht reagiert und einen konstruktiven Lösungsvorschlag vorgelegt hat. pm

Weitere Informationen: Liga der freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg, Stauffenbergstr. 3, 70173 Stuttgart, Dr. John Litau, , Geschäftsführer, Tel: 0711 61967-10, E-Mail: [litau@liga-bw.de](mailto:litau@liga-bw.de)

Ein warmes Essen und noch mehr**Das Mittagessensangebot eva's Tisch, die Wärmestube, der offene Sonntag – das sind die Tagesstätten-Angebote der Stadtmission der Evangelischen Gesellschaft (eva), die sie im Auftrag der Stadt Stuttgart anbietet.**

**Stuttgart-Mitte.** Heißt im praktischen Arbeitsalltag: „Wir begleiten Menschen, geben ihnen Ansprache und einen täglichen Aufenthaltsort“, so Birgit Auer, die Leiterin der Stadtmission. Nun aber sind Coronazeiten, seit Monaten und sicher noch einige länger. Was bedeutet das für die Stadtmissionsarbeit? Wie sieht diakonisches Leben in dieser Zeit aus? Wie können Angebote, die auf Begegnung, auf Nähe, auf Zusammensein und gemeinschaftlichem Essen gründen in Zeiten gemacht werden, die Abstand, Sicherheit und Begrenzungen erfordern? „Es ist stark herausfordernd“, sagt Auer.

„Wir können nicht jedem eine offene Tür anbieten, weil wir nicht den Raum haben.“ Die Wärmestube an der Büchsenstraße kann seit Pandemiebeginn keine Tagesstätte mehr sein. Zum Duschen dürfen Einzelne hinein. Ihr „Wohnzimmer“ aber ist für die Besucher zwangsweise geschlossen. „Sie sind einsam“, so Auer. Umso wichtiger, zu bieten, was geht. So wurde das Mittagessensangebot eva's Tisch stets fortgeführt – zunächst in Form von Essen zum Mitnehmen, mittlerweile zusätzlich auch wieder unter speziellen Coronabedingungen im Saal des Hauses der Diakonie nebenan. Seit Juli kann auch wieder der „offene Sonntag“ stattfinden, als To-go-Variante: es gibt etwas zu essen zum Mitnehmen, dazu Musik vom Dach oder Geschichten to go – ebenfalls wichtig, „weil der Mensch nicht nur aus Magen besteht, sondern auch aus Seele“, so Auer. Und Anfang Oktober wurde eine alternative Wärmestube im Saal des Hauses der Diakonie eingerichtet, zweimal in der Woche nachmittags für zwei Stunden, zum Aufwärmen, aber auch, um irgendwie noch Gemeinschaft geben zu können. Da sein, mit Abstand und Maske, aber mit offenem Ohr. „Die Menschen nehmen es wahr, dass man da ist, Zeit hat und sie als Mensch sieht.“

Die Pandemiezeiten sind schwierig – für beide Seiten, für die Stadtmissionsgäste und für die Mitarbeitenden. „Wir müssen es aushalten. Wir müssen aushalten, dass wir an Regentagen Speisen ausgeben und die Menschen dann draußen im Regen essen zum Beispiel. Oder dass wir eva's Stall dieses Jahr draußen auf der Straße feiern müssen. Wir müssen Unsicherheit und Fragen aushalten.“ Die fünf Sozialarbeitenden und vier hauswirtschaftlichen Kräfte der Stadtmission müssen aushalten, dass sie den Menschen in Coronazeiten nicht alles geben können, wie sie es wollen. Sie müssen stets aufs Neue auf die aktuellen Umstände reagieren. Das tun sie. Sie schauen, was möglich ist und nutzen die Chancen. „Die kalte Jahreszeit beginnt nun erst“, sagt Auer. „Warten wir, was kommt...“ Der Anspruch ist und wird bleiben, praktische Nächstenliebe zu praktizieren: zu sehen, dass ein Mensch einen Bedarf hat, und zu versuchen, ihm zu geben, was er braucht. pm

Weitere Informationen: Evangelische Gesellschaft, Ulrike Herbold, Pressesprecherin, Büchsenstr. 34/36, 70174 Stuttgart, Tel.: 0711 2054-321.

GWW fördert und fordert individuell

**Auf eine große Feier mit Gästen mussten die Bewohner der Wohnbereiche der Gemeinnützigen Werkstätten und Wohnstätten (GWW) in Sindelfingen und Herrenberg in diesem Jahr verzichten. Aufgrund der Corona-Schutzmaßnahmen blieben die über 100 Bewohner und Betreuer an den verschiedenen Standorten unter sich. Dies tat der Feier keinen Abbruch – es gab Fotos aus alten Zeiten und die älteren Bewohner erinnerten sich an die unterschiedlichen Begebenheiten und Veränderungen in den vergangenen 40 Jahren.**

**Böblingen.** Durch die 1980 eingeweihten Wohnheime in Sindelfingen und Herrenberg folgte die GWW dem Wunsch der in den Werkstätten beschäftigten Menschen mit Behinderung. Viele der Mitarbeiter lernten in den Werkstätten über die tägliche Arbeit eine neue Form der Teilhabe kennen. In der Folge hatten sie auch den Wunsch, möglichst selbstbestimmt und unabhängig vom Elternhaus wohnen zu können. Darüber hinaus kamen auch viele Angehörige in ein Alter, in dem sie die Betreuung ihrer Angehörigen mit Behinderung daheim nicht mehr leisten konnten. So eröffneten die Wohnheime in Sindelfingen mit 37 Plätzen und in Herrenberg mit 36 Plätzen ein Wohnangebot, welches mit einer großen Anzahl Einzelzimmern als richtungsweisend galt. Allerdings mussten Angehörige und Bewohner lernen, dass das Wohnangebot keine Fortführung des bisherigen Familienlebens darstellt. Denn die GWW forderte und förderte immer auch die Selbstständigkeit ihrer Bewohner. Dass das nicht immer für jeden einfach war, erzählt man sich noch heute. So stellte ein Bewohner kurz nach seinem Einzug fest, dass die Betreuerinnen wohl nicht allzu fleißig seien. Darauf angesprochen erklärte der Bewohner: „Stell dir vor, ich stelle abends meine Schuhe vor die Tür und meinst du, die haben sie bis morgens geputzt?“ Unbeirrt davon hielten die Verantwortlichen an der wachsenden Selbstständigkeit der Bewohner fest. Nur wenige Jahre später wurden weitere Wohnformen umgesetzt, die den Bewohnern hohe Eigenständigkeit gewährte. So erkannte die GWW als eine der ersten Einrichtungen bereits in den achtziger Jahren das Potenzial des Ambulant Betreuten Wohnens. Heute gibt es für Menschen jeglichen Hilfebedarfs differenziert abgestimmte Angebote, unabhängig von deren Alter. „Die Wohnangebote richten sich immer nach den Wünschen der Bewohner. Wer selbstständig leben möchte, soll dies im Rahmen seiner Möglichkeiten tun dürfen“, erklärt Britta Bender, Geschäftsfeldleiterin Wohnen in der GWW. So wurde auch an den anderen Wohnstandorten im Landkreis Böblingen kräftig mitgefeiert. Denn sie alle gehen auf die Gründung vor 40 Jahren zurück. Die Bewohner in Herrenberg bemalten Karten, die sie am Nachmittag zeitgleich von allen Standorten aus mit bunten Luftballons in den Himmel steigen ließen.

Als die ersten Wohnheime der GWW öffneten, lebten die meisten Menschen mit Behinderung in Deutschland hauptsächlich in Einrichtungen außerhalb der Städte. Heimatnahe Wohnangebote gab es so gut wie nicht. So war es nur konsequent, dass die Verantwortlichen der GWW die Wünsche der Bewohner und Angehörigen verfolgten und die vielfältigen Wohnangebote gemeindeintegriert an vielen Stellen der Städte und Gemeinden im Landkreis entwickelte. „So können die Menschen im Wohnheim lernen, ihr Leben mitzugestalten und wer es sich zutraut, alleine zu leben, zieht später in eine Außenwohngruppe und anschließend möglicherweise in die eigene Wohnung“, so Bender weiter. „Und wenn die Menschen später im Alter wieder mehr Hilfe benötigen, können die Betreuungszeiten erhöht werden oder sie können in eine enger betreute Wohnform wechseln.“ Dieses Konzept kommt auch bei den Verantwortlichen der Städte und Gemeinden an. So lobte Herrenbergs Oberbürgermeister Thomas Spießler: „Die GWW setzt sich stets für andere ein und bildet gemeinsam eine großartige Gemeinschaft. Alle Menschen sind willkommen und können Teil dieser Gemeinschaft sein. Das ist etwas ganz Wunderbares und alle tragen zusammen dazu bei.“ Pm

Weitere Informationen: Gemeinnützige Werk- und Wohnstätten, Steffen Müller, Leiter Unternehmenskommunikation, Tel.: 07034/27041130, E-Mail: [steffen.mueller@gww-netz.de](mailto:steffen.mueller@gww-netz.de)



## Kurznachrichten

**Stuttgart.** „Das Corona-Virus hat uns einen kompletten Wandel unserer Arbeit beschert. Die Covid-19-Pandemie hat alle Themen in den letzten Monaten verdrängt und beschäftigt uns bis heute schwerpunktmäßig“, begann Jochen Schnizler, Vorsitzender des Evangelischen Landesverbands für Diakonie-Sozialstationen seinen Bericht bei der Mitgliederversammlung. Die versprochene Unterstützung von Bund und Land bezüglich der Schutzmaterialien sei weitgehend ausgeblieben – „zumindest mussten wir lange auf Material warten“. Die Nachfrage nach Leistungen, insbesondere in der Hauswirtschaft, sei teilweise stark eingebrochen. Tagespflegen und Betreuungsgruppen mussten geschlossen werden. Beratungsbesuche wurden ausgesetzt. „Nach anfänglichem Bangen beschloss die Politik überraschend schnell einen umfassenden Rettungsschirm für die Pflege; wofür wir sehr dankbar sein können.“ Erste Sammelbestellungen für Schutzausrüstungen seien auf den Weg gebracht worden. „Die Corona-Prämie für Pflegekräfte und Mitarbeitende im Umfeld der Pflege war neben dem Rettungsschirm ein Zeichen für die Wichtigkeit der Pflege in der Pandemie.“ Die Covid-19-Pandemie werde den Landesverband weiterhin beschäftigen. „Wir müssen an einer weiteren Verbesserung der Ausstattung mit Schutzmaterialien arbeiten. Die steigenden Kosten (z. B. für Handschuhe) machen uns Sorgen. Der Informationsfluss über Infektionen und die damit verbundene Nachverfolgung von Kontakten durch die Gesundheitsämter muss dringend verbessert werden. Hier müssen wir auch auf der Landesebene verstärkt auf Optimierung drängen“, so Schnizler. Auch die Umsetzung der Teststrategie der Bundesregierung werde den Arbeitsbereich intensiv beschäftigen. cm

**Stuttgart.** Der Mädchenaktionstag ist für die Teilnehmerinnen, die alle Kontakt zur Mobilen Jugendarbeit (MJA) Stuttgart haben, jedes Jahr ein Erlebnis. Dieses Jahr haben sie noch mehr darauf hingefiebert, weil sie in Pandemie-Zeiten kaum noch andere Mädchen treffen können. Im November konnten 30 Mädchen zwischen 11 und 18 Jahren ein „Seelenprogramm“ nur für Mädels genießen. Von 11 bis 15.30 Uhr wurde ihnen Schönes geboten – vom Duftkerzengießen bis zum Bogenschießen. Durch das strenge Hygienekonzept wurden alle Vorschriften der aktuellen Corona-Verordnung eingehalten. Dazu gehörte, dass der Aktionstag dieses Jahr nicht wie üblich an einer Stelle durchgeführt wurde, sondern an drei Standorten: Bei der MJA im Europaviertel, bei der MJA Ost sowie im Haus der Diakonie der Evangelischen Gesellschaft (eva). Außerdem waren die Mädchen dieses Jahr in Fünfergruppen eingeteilt und hatten eine feste Betreuerin. Die Mobile Jugendarbeit Stuttgart wird gemeinsam vom Caritasverband für Stuttgart (CV) und der Evangelischen Gesellschaft (eva) getragen. pm

**Korb/Stetten.** David Hochrathner macht zurzeit eine Ausbildung zum Alltagsbegleiter im Alexander-Stift der Diakonie Stetten in Korb. Nach mehreren Praktika in verschiedenen Bereichen merkte er, dass ihm die Arbeit mit älteren Menschen am besten gefällt. Haus- und Pflegedienstleiter Martin Schubert freut sich, dass der junge Mann das Team bereichert. Die zweijährige Ausbildung zum Alltagsbegleiter ist ein neues Kooperationsprojekt zwischen der Karlshöhe Ludwigsburg und dem Alexander-Stift der Diakonie Stetten. pm

**Heilbronn.** Unter dem Titel „Neue Wege in der diakonischen Frauen- und Kinderschutzhausarbeit“ fand am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen ein Abend der Mitternachtsmission mit Musik, Vortrag, Podiumsgespräch, Fragerunde, Kinderbilder-Ausstellung statt – alles per Livestream im Internet. Das „Open House“ wird den unterschiedlichen Bedarfen von Frauen mit Gewalterfahrung in der Beziehung begegnen. Die Mitternachtsmission plant ein Frauen- und Kinderschutzhaus mit mehreren Standorten. Anonyme Schutzwohnungen für hochbedrohte Frauen und Kinder. Weniger bedrohte Frauen und Kinder werden im Standort mit bekannter Adresse Schutz finden können. Dieser wird über hohe Sicherheitsstandards verfügen und unter einem Dach mit der Beratungsstelle sein. 2021 beginnen die Umbauarbeiten an der derzeitigen Beratungsstelle. Ende 2022 soll alles fertig sein. Dabei steht Open House nicht nur für bauliche Veränderungen. Ziel des neuen Konzeptes ist es auch, den Blick vom klassischen Täter/Opfer-Schema auf das gesamte (Familien-)System zu lenken, um mit der Betroffenen und, falls gewünscht, mit weiteren Beteiligten, an einem Ende der Gewalt zu arbeiten. Pm/cm

Personalnachrichten

**Dr. Gisela Meister-Scheufelen** ist von der Mitgliederversammlung des Diakonischen Werks Württemberg als Vorsitzende des Präsidiums wiedergewählt worden. Die promovierte Juristin Staatssekretärin i.e.R Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Vorsitzende des Normenkontrollrats Baden-Württemberg, sagt: „Es ist mir ein großes Anliegen und eine Ehre, die Diakonie weiter zu unterstützen. Sie ist eine wichtige Stimme in unserer Gesellschaft und für den sozialen Zusammenhalt von großer Wichtigkeit.“ Die 64-jährige Gisela Meister-Scheufelen verfügt über umfangreiche Erfahrung in unterschiedlichen Bereichen von Politik, Lehre und Wirtschaft. Vor ihrer Zeit als Kanzlerin der DHBW war sie Ministerialdirektorin im Finanzministerium Baden-Württemberg, von 2002 bis 2007 Präsidentin des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, von 2000 bis 2001 Staatssekretärin für Wirtschaft und Technologie des Landes Berlin und von 1996 bis 2000 Abgeordnete des Landtages Baden-Württemberg. Vor ihrer Zeit als Abgeordnete war Meister-Scheufelen Präsidentin des Landesgewerbeamtes Baden-Württemberg und von 1987 bis 1991 Beigeordnete und Frauenbeauftragte der Stadt Ludwigsburg. Zahlreiche ehrenamtliche Mandate und Funktionen, vornehmlich in sozial und ethisch orientierten Organisationen, ergänzen das Profil der neuen Präsidiumsvorsitzenden der württembergischen Diakonie. Das dreiköpfige Präsidium der Diakonie Württemberg ist auf fünf Jahre gewählt. Es führt die Aufsicht über den Vorstand und leitet die Sitzungen des Verbandsrats und der Mitgliederversammlung. Die Tätigkeit ist ehrenamtlich. Dr. med. Gisela Schneider, Direktorin des Deutschen Instituts für Ärztliche Mission, Tübingen, ist für den altershalber ausgeschiedenen Roland Beck in den Verbandsrat nachgewählt worden. Das Gremium freut sich, von ihrer Expertise in internationaler Projektarbeit und medizinischer Unterstützung zu profitieren. cm

**Dr. med. Gisela Schneider**, Direktorin des Deutschen Instituts für Ärztliche Mission, Tübingen, ist für den altershalber ausgeschiedenen Roland Beck in den Verbandsrat nachgewählt worden. Das Gremium profitiert auch von ihrer Expertise in internationaler Projektarbeit und medizinischer Unterstützung. cm